

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 37 (1990)
Heft: 9

Rubrik: News

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

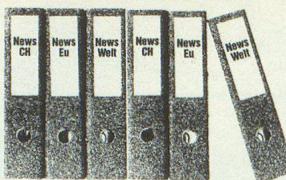
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Aarauer Zivilschutz leistete Einsatz in Behindertenlager

19 Aarauer Damen und Herren aus dem Zivilschutz, aufgeteilt in Sanitäter und Betreuer, kümmerten sich unter grossem Einsatz um Behinderte, die eine Woche in einem Lager im Melchtal (OW) verbrachten. Die Aktion wurde zusammen mit der Spitalabteilung 78 der Armee geplant und durchgeführt. Dabei kamen die in trockenen Theoriestunden gebüffelten Kenntnisse der Zivilschützer erstmals zur praktischen Anwendung – allerdings unter Aufsicht und Anleitung diplomierte Rotkreuzschwestern. Den behinderten Gästen wurde übrigens ein vielfältiges Unterhaltungsprogramm geboten, so zum Beispiel ein Ausflug mit dem Motorschiff «Europa» von Alpnachstad nach Luzern. (Aargauer Tagblatt, 22.6.90)

Operation Lindwurm mit Zwischenfall

Wegen Verdachts eines Sprengstoffanschlags musste ein Giftgas-Konvoi mit 20 Munitionstransportern, die insgesamt 3500 Giftgasgranaten mitführten, kurzfristig umgeleitet werden; die gefundenen Sprengstoffdosen seien wahrscheinlich von US-Truppen verloren worden, hiess es danach. Der anfangs August unter dem Codewort «Operation Lindwurm» durchgeführte Transport – der grösste, der je stattgefunden hat – war von den Amerikanern monatelang minutiös vorbereitet worden. Bei der über einen Monat dauenden Operation wurden 102 000 US-Giftgasgranaten, die insgesamt über 400 Tonnen der tödlichen Kampfgase Sarin und VX enthalten, aus dem bisherigen Lager im pfälzischen Clausen ins «Zwischenlager» Miesau bei Kaiserslautern verschoben. Von dort aus soll die Todesfracht in einer zweiten Transportetappe nach der niedersächsischen Hafenstadt Nordenham gebracht werden, um dann zur Verbrennung auf das Johnston-Atoll, 700 Meilen südwestlich von Hawaii, verschifft zu werden. (Tages-Anzeiger, 4.8.90)

Bush will US-Armee um ein Viertel verringern

US-Präsident George Bush hat seine Absicht erklärt, die amerikanischen Streitkräfte innerhalb von fünf Jahren um ein Viertel zu verringern. Die USA müssten aber weiter in der Lage sein, globalen Bedrohungen wie Terrorismus, Geiselnahme und «unberechenbaren Herrschern» entgegenzutreten, sagte Bush in einer Rede in Aspen im Staat

Colorado. Nach Angaben von Verteidigungsminister Richard Cheney wird der Truppenabbau Kosten in Höhe von 86 Millionen Dollar einsparen. Der US-Senat bewilligte unterdessen unter dem Einfluss des irakischen Überfalls auf Kuwait zwei Milliarden Dollar für Anschaffung und Tests eines B-2-Bombers. (Tages-Anzeiger, 4.8.90)

Schaffhausen: Zivilschützer betreuen wiederum Asylanten

Nach den positiven Erfahrungen vom letzten Jahr haben die Zivilschutzdienst-Angehörigen des Kantons Schaffhausen in diesem Jahr wiederum die Möglichkeit, in der Asylantenbetreuung mitzuhelfen. Seit Mitte Juni stehen Angehörige der Zivilschutzorganisation in Buch (Friedeck) und in Stein am Rhein (Schwanen) im Einsatz. 1989 leisteten 83 Frauen und Männer insgesamt 591 Diensttage zugunsten der Asylbewerber in den beiden Heimen. Weil die Personalsituation nach wie vor angespannt ist, werden auch 1990 Angehörige der Zivilschutzorganisation zu freiwilligem Dienst beizogen. Die Dienstleistung beträgt mindestens sieben Tage und umfasst die Arbeitsgebiete: allgemeine Aufsicht und Betreuung, Fahrten mit Asylbewerbern zum Arzt oder ins Spital, zur Kantonspolizei, dann aber auch Reparaturarbeiten, Küchendienst oder Erteilen von Deutschunterricht. Bisher sind über 60 Anmeldungen eingegangen. Knapp die Hälfte der Angemeldeten hatten bereits im Vorjahr aktiv mitgeholfen. Für Oktober und Dezember werden noch Freiwillige gesucht.

(Klettgauer Zeitung, 23.7.90)

Sorge um die Verbrennung von Chemiewaffen

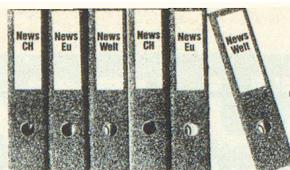
Vor der Verseuchungsgefahr durch die Verbrennung chemischer US-Waffen im asiatisch-pazifischen Raum haben Politiker am 47. Ratstreffen der Asiatisch-Pazifischen Parlamentarischen Union auf der Insel Tonga gewarnt. Sie forderten die amerikanische Regierung auf, ihren Plan zur Zerstörung von bisher in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Giftgasgranaten auf dem Johnston-Atoll (Pazifik) zu überdenken. Die Verseuchungsgefahr stelle eine Bedrohung für «Gesundheit, Sicherheit und Wohlergehen» der Völker in der Region dar. (BAZ, 28.8.90)

Was tun bei AKW-Unfall?

Eine neue Broschüre mit Informationen für den Fall eines AKW-Unfalls stellte der Kanton Aargau kürzlich den Einwohnern von 167 Gemeinden zu, die innerhalb der 20-Kilometer-Zonen rund um die Atomkraftwerke Beznau, Leibstadt und Gösgen liegen. Mit dem Ziel, im Katastrophenfall eine raschere Alarmierung der Bevölkerung zu erreichen, laufen bei der Abteilung Zivile Verteidigung zudem Vorbereitungen für eine zentrale Sirenensteuerung in den 167 Gemeinden ab dem Kommando der Kantonspolizei in Aarau. Das technisch aufwendige Vorhaben, zu dem das Kantonsparlament noch seine Zustimmung geben muss, soll bis in fünf Jahren in die Tat umgesetzt sein. (Luzerner Neueste Nachrichten, 30.7.90)

Zivilschutzreform: Vielen bleibt das Einrücken erspart

Ab 1. Januar 1995 soll die Altersgrenze für die Zivilschutzpflicht um acht Jahre von heute 60 auf 52 herabgesetzt werden. Diese Herabsetzung ist einer der Hauptpunkte des «Zivilschutz-Leitbildes 95». Konkret bedeutet das, dass Ende 1994 theoretisch 274 000 Zivilschützer zu entlassen wären. Aufgrund der Senkung der militärischen Dienstaltersgrenze durch die Armeereform um ebenfalls acht Jahre auf 42 und den dadurch wegfallenden Landsturmdienst kommen aber im Jahre 1995 200 000 42–50jährige Armee-Entlassene neu hinzu. «Mit diesen Massnahmen erreichen wir schliesslich, dass der Personalbestand des Zivilschutzes von heute 520 000 Dienstleistenden auf 450 000 gesenkt wird», erklärt Moritz Boschung, Adjunkt im Informationsdienst des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS). Diese personellen Umwälzungen stellen den Zivilschutz vor erhebliche Kapazitätsprobleme bei der Ausbildung. Boschung: «Wir sind uns bewusst, dass es beim Übergang Schwierigkeiten geben wird.» Aus diesem Grund soll der Personalabbau stufenweise erfolgen und bereits vor 1995 damit begonnen werden. Gemäss den noch provisorischen Planungen des BZS sollen schon ab 1992 zunehmend Jahrgänge nicht mehr in die Ausbildung einbezogen, das heisst zu Übungen aufgeboten werden. Das betrifft im Jahre 1992 die 57- bis 60jährigen, 1993 die 54- bis 60jährigen, 1994 die 52- bis 60jährigen. Sie bleiben aber bis zur Inkraftsetzung der neuen Altersgrenzen im Zivilschutz eingeteilt. Ausgenommen von dieser Regelung sind grundsätzlich die Kaderleute und Instruktoren. (Basler Zeitung, 25.7.90)



Katastrophenschutz-übungen mit Amerikanern in der BRD

Ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik über Katastrophenschutzmassnahmen bei Nuklearunfällen soll nach nunmehr 14 Jahren endlich in die Praxis umgesetzt werden. Das Landratsamt Darmstadt hatte sich schon seit fünf Jahren vergebens darum bemüht, entsprechenden Bevölkerungsschutz zu proben. Gegenwärtig finden abschliessende Expertengespräche statt, so dass schon bald gemeinsame Übungen von zivilen Hilfsdiensten und US-Militärbehörden anlaufen können. Wie wichtig solche Übungen sind, bewiesen zwei Verkehrsunfälle von US-Munitionstransportern bei Münster, die in den Jahren 1987 und 1989 glücklicherweise ohne schwerwiegende Folgen blieben. Der Mangel an Information und Koordination war aber gerade bei diesen Fällen erschreckend deutlich geworden. (Frankfurter Rundschau, 23.4.90)

Erwerbsersatz wird erhöht

Die Erwerbsersatzordnung (EO) für Militär- und Zivilschutzdienstleistende wird der Lohnentwicklung angepasst. Gemäss Bundesratsentscheid werden per 1. Januar 1991 EO-Minimum und -Maximum sowie Zulagen um rund 16% angehoben. Der Bundesrat hat ferner das Bundesamt für Sozialversicherung beauftragt, eine EO-Revision zur besseren Abgeltung der nicht entlohnten Arbeit auszuarbeiten. Damit sollen in erster Linie dienstleistende Hausfrauen, aber auch Studierende bessergestellt und ein Hindernis vor dem freiwilligen Frauenengagement in der Gesamtverteidigung beseitigt werden. Vom Nationalrat ist der Bundesrat ausserdem via Postulat beauftragt worden, die Einführung einer EO-«Erziehungszulage» abzuklären. (Vaterland, 28.6.90)

Neun von zehn haben einen Zivilschutzplatz

Für 5,8 Millionen Menschen oder 90% der Bevölkerung stehen zurzeit Zivilschutzplätze zur Verfügung. Und 85% der Einwohner können mit stationären oder mobilen Sirenen alarmiert werden. Diese Zahlen können der vom Bundesamt für Zivilschutz herausgegebenen Zivilschutzbroschüre 1990 entnommen werden. Daraus ist auch zu erfahren, dass zu Beginn dieses Jahres 475 000 Personen, davon 15 000 Frauen, dem Zivilschutz zugeteilt waren – rund

45 000 weniger als vorgesehen. Ausgebildet waren allerdings erst rund 65% der Eingeteilten. Sie hatten neben den 5,8 Millionen künstlich belüfteten Schutzplätzen auch die unterirdischen Organisationsbauten und Sanitätsanlagen zu betreuen, deren Ausbaustand 65% des Soils erreichte. Bereits gebaut sind 135 Notspitäler und geschützte Operationsstellen, 3177 Sanitätshilfesstellen, 926 Sanitätsposten und 99 700 Liegestellen. Gemessen am Bedarf bis zum Jahr 2000 seien rund 60% des Zivilschutzmaterials vorhanden, wird in der Broschüre mitgeteilt.

(Tages-Anzeiger, 14.7.90)

Tiefflüge weniger tief

Von Mitte September an gibt es über dem Gebiet der Bundesrepublik keine militärischen Tiefflüge unterhalb von 300 m Höhe mehr. Wie BRD-Verteidigungsminister Stoltenberg mitteilte, hat US-Präsident Bush entschieden, dass auch die amerikanische Luftwaffe bei Übungen in der Bundesrepublik diese Mindestflughöhe einhält. Die besonderen Tieffluggebiete, in denen bislang bis in 75 m Höhe geflogen werden durfte, sollen nicht mehr genutzt werden. (BAZ, 28.8.90)

Konsequenzen für den Zivilschutz aus der Übung «Dreizack»

Erkenntnisse, die während der «Dreizack»-Übung 1989 im Kanton St. Gallen gewonnen wurden, sollen im Rahmen der Reformen von Armee und Zivilschutz 95 nach Möglichkeit auch auf Bundesebene «einfließen». Das lässt sich aus dem vom St. Galler Regierungsrat abgesegneten Übungsschlussbericht ablesen. Die kantonalen Instanzen, heisst es in dem Bericht, sollten ihren Einfluss geltend machen, «damit ein zeitgemässer Zivilschutz, der auch katastrophentauglich ist, entstehen kann». Bei zukünftigen Übungen müssten die Beübten stärker betreut werden. Und vor allem dürften Übungen wie der «Dreizack 89» aus personellen Gründen nur noch in räumlich eng begrenzten Regionen durchgeführt werden. Deutlichstes Fazit: «Gesamtverteidigungsübungen von diesem Umfang dürfen aus der Sicht der Übungsvorbereitung und -leitung nicht mehr durchgeführt werden.»

(Die Ostschweiz, 4.8.90)

Buchbesprechung

Die grosse Revolution

W – Vor (nur) 200 Jahren fand die Französische Revolution statt, die Erhebung gegen das «Ancien Régime», welche die ganze Welt veränderte, beeinflusste und mit deren Folgen wir uns in der einen oder andern Form noch heute auseinanderzusetzen haben. Po-

Herausgegeben von Hanno Helbling und Martin Meyer (Verlag Neue Zürcher Zeitung, 1990, 184 Seiten, Leinen)

litische und gesellschaftliche Aspekte sind berührt, Philosophie, Kunst, Musik, Theater und Architektur konnten (und können sich noch heute) den Auswirkungen dieses historischen Ereignisses nicht entziehen.

Beim Aufzählen gewisser Beitragstitel könnte man sich in die aktuellen Geschehnisse versetzen wähnen: Die grosse Erhebung, Das Ende der Königsherrschaft, Revolution als Paradigma, Emanzipation und Integration, Revolutionäre Politik in Frankreich und Amerika, Lehrjahre des Parlamentarismus (!) usw.

Die das ewigwährende Thema der grossen Revolution berührenden Beiträge, die in der NZZ erschienen, sind von solcher Qualität, dass sich ihre Veröffentlichung in Buchform aufdrängte und mehr als rechtfertigte. Noch viel mehr jedoch ist es die oft atemraubende Duplizität der heutigen Ereignisse, welche uns an jene in Frankreich anno 1789 mahnen. Der Chefredaktor der NZZ, Hugo Bütler, schreibt im Vorwort unter anderem «... im Übergang von den achtziger zu den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts sind wir Zuschauer und Zeugen von Vorgängen, die an grosse historische Umbrüche früherer Zeiten erinnern. Angesichts der Revolution im sowjetkommunistischen Imperium... und mit Blick auf die Selbstbefreiung der Völker Mittelosteuropas vom Joch der totalitären Herrschaft... ist man versucht, von einer Zäsur der Weltgeschichte zu reden...».

Schon Jacob Burckhardt schrieb in seinen Betrachtungen über geschichtliche Krisen: «Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phantome vorüberzugehen und damit erledigt zu sein...». Und an anderer Stelle: «Nur aus der Betrachtung der Vergangenheit gewinnen wir einen Massstab der Geschwindigkeit und Kraft der Bewegung, in welcher wir selber leben...». Das «politische Revolutionsjahr 1989» verlangt gebieterisch nach Vergleichen und Massstäben für seine Einschätzung, schreibt Bütler. Das vorliegende Werk wird dieser Forderung in hervorragender Weise gerecht. □